

**Protokoll  
über die 36. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Schule am 09.05.2007**

**Beginn:** 17:30 Uhr

**Ende:** 19:20 Uhr

**Ort:** Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

**Anwesenheit**

**Vorsitzender**

Jähmig, Claus Jürgen                      Fraktion Unabhängige Bürger

**1. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Voss, Renate                                  Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**2. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Riedel, Georg-Christian                      CDU-Fraktion und Liberale

**ordentliche Mitglieder**

Ehlers, Sebastian	CDU-Fraktion und Liberale
Lederer, Walter	Fraktion DIE LINKE
Meslien, Daniel	SPD-Fraktion
Nolte, Stephan	CDU-Fraktion und Liberale
Walther, Manfred	SPD-Fraktion

**Verwaltung**

Junghans, Hermann  
Seifert, Frank  
Seifert, Heike  
Steinbart, Sabine

**Leitung:** Claus Jürgen Jähmig

**Schriftführer:** Norbert Credé

## **Festgestellte Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 35. Sitzung vom 11.04.2007 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
  - 4.1. Straßenbenennung B-Plan-Gebiet Nr. 41.02 "Mueß-Consrader Weg"  
Vorlage: 01500/2007
  - 4.2. Information zum Stand der Umsetzung des Gesetzes über die Funktional- und Kreisstrukturreform des Landes Mecklenburg-Vorpommern  
Vorlage: 01436/2006
  - 4.3. Entgeltordnung des Mecklenburgischen Volkskundemuseums  
Vorlage: 01411/2006
  - 4.4. Förderung Filmkunstfest 2008 - 2010  
Vorlage: 01506/2007
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
  - 5.1. Verträge Sportvereine  
Vorlage: 01524/2007
6. Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

#### **Bemerkungen:**

Der Vorsitzende des Ausschusses begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zur Tagesordnung beantragte Herr Walther die Streichung des TOP 7 im nicht öffentlichen Teil, da die Niederschrift der 35. Sitzung keine zu bestätigenden Punkte enthalte.

Der Vorsitzende bat aus terminlichen Gründen, TOP 4.3 und 4.4 vorzuziehen und unmittelbar nach TOP 3 zu behandeln.

**Beschluss:**

Die Tagesordnung wurde mit den vorgeschlagenen Änderungen einstimmig angenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 2      Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 35. Sitzung vom 11.04.2007 (öffentlicher Teil)**

**Bemerkungen:**

**Beschluss:**

Die Niederschrift der 35. Sitzung wurde bei einer Enthaltung ohne Ergänzungen und Anmerkungen bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

**zu 3      Mitteilungen der Verwaltung**

**Bemerkungen:**

1. Der Kulturbericht 2005/2006 liegt nunmehr in gedruckter Form vor. Die Verwaltung sei interessiert an Anregungen und Kritik zur Verbesserung der kommenden Kulturberichte.
2. Der Kultursommer 2007, der unter dem programmatischen Titel „Eine Stadt tanzt“ stattfindet, werde am 8. Juni, 18.00 Uhr, eröffnet. Ein umfangreiches Programmheft, das auch die Aktivitäten nichtstädtischer Kulturträger enthalte, werde am 22. Mai der Presse vorgestellt.
3. Zum Ganztagschulprogramm informierte Herr Junghans, dass die Kosten der inzwischen vorliegenden Architektenplanungen deutlich höher lägen als erwartet. Aus diesem Grunde seien Gespräche und Verhandlungen mit dem ZGM über die Baumaßnahmen erforderlich.
4. Wegen der Sportstätten von Eintracht Schwerin und anderer Sportvereine sei man mit dem Stadtsportbund im Gespräch.

Demnächst wolle man sich in Rostock nach dortigen Lösungen der Nutzung einer Sportstätte durch mehrere Vereine informieren.

Herr Lederer verwies auf ein noch fehlendes Sportstättenkonzept für Schwerin, auf dessen Grundlage erst über Einzelkonzepte entschieden werden könne. Herr Junghans informierte, dass sich der Entwurf dazu im Abstimmungsverfahren befände.

5. Im Hinblick auf die in diesem Jahr kritisierten Verfahren zu den Grundschul- und Hortanmeldungen wolle man diese zukünftig anders handhaben. Für die Anmeldung der Kinder solle es vier Wochen Zeit geben, zur Anmeldung könnten die Eltern einen Erst- und Zweitwunsch für die Schule nennen. Auf dieser Basis sei eine bessere Sortierung der Anmeldungen möglich und die Schulwahl könne mit den Eltern abgestimmt werden.
6. Hinsichtlich der Gutenbergschule sei in diesem Jahr der Betrieb gesichert, weil die Anmeldungen für die Regionalschule ausreichten. Die Frage der Schließung könne 2008 wieder aktuell werden, wenn bei einer hohen Anmeldequote für Gymnasien (etwa ab 30 Prozent) eine durchgängige Zweizügigkeit in der Regionalschule nicht mehr gewährleistet werden könnte.

In der Diskussion sprachen mehrere Mitglieder die Auslastung der Schulen und die sich daraus ergebenden Fragestellungen an. Herr Lederer betonte, dass das Schulgesetz keine Regelung zur Schulschließung treffe. Herr Meslien sprach am Beispiel der nahe beieinander liegenden Astrid-Lindgren- und Gutenberg-Schule das Problem der baulichen Investitionen in erster Linie und im Hinblick auf die Auslastung beider Schulen an. Er bat um vertiefende Informationen in einer der nächsten Sitzungen, wie sich diese Ausgaben in Relation zu den Schulnutzungen darstellten.

7. Herr Junghans berichtete von privaten Museumsinitiativen unterschiedlichster Art, die an die Stadt wegen der Eröffnung eines Museums in Schwerin herangetreten seien. Man berate diese Initiativen, sei auch bereit, bei der Suche nach Räumlichkeiten zu helfen, weise aber immer darauf hin, dass prinzipiell keine öffentlichen Mittel für eine Förderung bereitstünden. Auf Herrn Noltes Frage nach einer Nutzung der Halle am Fernsehturm durch das Feuerwehrmuseum unterstrich Herr Junghans, dass die Stadt keinerlei Investitionsverpflichtungen übernehme, sondern dass diese von der Initiative einzuplanen seien.
8. Eine Aussetzung der Einbringung des Musikschulkonzepts sei im Einvernehmen mit den politischen Gremien geschehen, und beruhe nicht auf Untätigkeit der Verwaltung. Man habe die Behandlung des Konzepts im Dezember vertagt, um die Ergebnisse der Prüfung des Landesrechnungshofes (LRH) einarbeiten zu können. Dessen Bericht lag aber bis April nicht vor.
9. Eine neue Gebührenordnung für das Konservatorium sei erarbeitet und könne demnächst vorgelegt werden.

10. In Hinblick auf die zukünftige Arbeit des soziokulturellen Zentrums „Der Speicher“ verwies Herr Junghans darauf, dass ein Auftrag der Stadtvertretung, ein Konzept zu erarbeiten, wie es im Ausschuss des Öfteren angesprochen worden sei, nicht erteilt worden sei. Man arbeite derzeit zwar an einer Prüfung der baulichen Aufwertung des gesamten Areals, hier sei aber die Bauverwaltung federführend. Auch die HAKO-Verpflichtung, die Kostendeckung des „Speichers“ zu verbessern, beinhalte nicht die Forderung nach einem Konzept. Hier denke man über eine Preisanpassung und eine andere Schwerpunktsetzung auf besucherstarke Veranstaltungen nach.

Herr Walther kam auf ein mögliches Kulturraumgesetz für Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen und bezog sich auf einen entsprechenden Presseartikel. Herr Junghans bemerkte, dass es sich dabei nicht um eine Verwaltungsangelegenheit handele, sondern ein solches Gesetz politisch über die Parteien und den Landtag initiiert werden müsse. Herr Walther kündigte an, sich um einen Bericht über die Umsetzung des entsprechenden Gesetzes in Sachsen zu bemühen, der dort seines Wissens inzwischen vorliege.

Herr Meslien bat um Information über die praktischen Auswirkungen der Zurückziehung der Beschlussvorlage zum Haushaltssicherungskonzept in der Stadtvertreterversammlung am Montag (07.05.2007) und die zugleich vom Innenministerium verfügte Auflage zur Einsparung von 13 Mio. Euro in einem Nachtragshaushalt. Herr Junghans informierte darüber, dass zunächst der Haushaltsbeschluss vom Dezember mit der darin beschlossenen Haushaltssperre gelte. Zur Lösung des Problems gebe es keine Patentrezepte. Er befürchte jetzt tiefe Einschnitte vor allem bei den freiwilligen Leistungen, also besonders im Kulturbereich. Diesmal gehe es darum, die 13 Millionen insgesamt zu sparen, das Ministerium werde sich mit anteiligen Einsparungen nicht bescheiden. Auf Nachfrage von Herrn Nolte bestätigte Herr Junghans das Ziel des Oberbürgermeisters, bis Juli einen Nachtragshaushalt vorlegen zu wollen und diesen gegebenenfalls in einer Sondersitzung der Stadtvertretung beschließen zu lassen.

Herr Meslien sprach die Presseveröffentlichung zur möglichen Einsparung von 3 Mio. Euro beim Staatstheater an, die der LRH in seinem Bericht genannt habe und bat um Information über das Gutachten. Herr Junghans verwies auf die laufende Erarbeitung des Unternehmenskonzepts für das Theater, in das die Vorschläge des LRH integriert werden sollten. Dazu werde der endgültige Bericht im Mai oder Juni erwartet. Seines Wissens sei die genannte Summe als mögliche Reduzierung der städtischen Zuschüsse im Bericht genannt. Diese resultiere aus einer Fusion mit dem Rostocker Theater mit einem zukünftigen Personalbestand von 500 Mitarbeitern.

**zu 4            Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)**

**zu 4.1        Straßenbenennung B-Plan-Gebiet Nr. 41.02 "Mueß-Consrader Weg"  
Vorlage: 01500/2007**

### **Bemerkungen:**

Nachdem der Ausschuss die eigene Zuständigkeit bestätigt hatte, meinte Herr Nolte, dass doch sicherlich auch Persönlichkeiten durch eine Straßenbenennung zu ehren seien, z. B. Bertha Klingberg. Auch fragte er nach der Angemessenheit der geplanten Namensgebung, wo doch die Flurkarte eine »Niederfeldische Wiese« nicht eine »Störtalwiese« am Ende der Straße ausweise.

Da ein Vertreter des Fachamts nicht anwesend war, konnten diese Fragen nicht befriedigend geklärt werden. Der Ausschuss verständigte sich schließlich, die geplante Straße für die Ehrung einer Persönlichkeit aufgrund ihrer Lage und geringen Bedeutung als ungeeignet anzusehen. Herr Walther beantragte daraufhin die Abstimmung des Antrags.

Herr Meslien stellte ausdrücklich fest, dass der Ausschuss bei der Benennung von Straßen, insbesondere nach Persönlichkeiten, zukünftig frühzeitig beteiligt werden solle, um ihm eine sachgerechte Beurteilung der intendierten Namensgebung zu ermöglichen.

### **Beschluss:**

Der Beschlussvorlage mit dem Beschlussvorschlag

„Die zukünftige Erschließungsstraße soll die Bezeichnung ‚Zu den Störwiesen‘ erhalten.“

wurde mehrheitlich zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

## **zu 4.2 Information zum Stand der Umsetzung des Gesetzes über die Funktional- und Kreisstrukturreform des Landes Mecklenburg-Vorpommern Vorlage: 01436/2006**

### **Bemerkungen:**

Herr Junghans berichtete, dass im Juli eine Entscheidung des Landesverfassungsgerichts in der Klage gegen das Gesetz zur Funktional- und Kreisstrukturreform fallen müsse. Nach der ersten Verhandlung lasse sich ein Wandel im Meinungsbild zur Reform feststellen, denn insbesondere die Dominanz der Hansestadt Rostock und die Größe des Kreises Westmecklenburg seien als problematisch angesehen worden.

Die Komplexität der Sache habe die Verwaltung bewogen, die Ausschüsse schrittweise und regelmäßig über den Stand zu informieren. Eine solche Information stelle die Vorlage dar. Nach Auffassung des Innenministeriums sei aber die jetzige Stadtvertretung nur berechtigt, hinsichtlich der von den noch kreisfreien Städten zu wählenden Optionen bis Ende des Jahres einen Tendenzbeschluss zu fassen. Eine endgültige Entscheidung über die Wahrnehmung der Optionen könnten dieser Ansicht zufolge erst die 2009 zu wählenden Stadtvertretungen treffen.

Herr Nolte bestätigte, dass der erste Verhandlungstermin große Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Reform habe aufkommen lassen. Allerdings ließe sich daraus noch keine Tendenz einer Entscheidung ableiten. Die Stadtvertretungen müssten sich seiner Ansicht nach aber für Optionen aussprechen, damit ihnen zukünftig noch Gestaltungsmöglichkeiten blieben und nicht alle Kompetenzen auf

die Kreise verlagert würden.

**Beschluss:**

Die Beschlussvorlage mit dem Beschlussvorschlag

„Die Stadtvertretung nimmt die aktuellen Überlegungen zur Optionswahrnehmung als Zwischenstand zur Kenntnis.“

wurde durch den Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

**zu 4.3      Entgeltordnung des Mecklenburgischen Volkskundemuseums  
Vorlage: 01411/2006**

**Bemerkungen:**

Nachdem Herr Junghans anfangs auf die in der Vorlage angegebene Vergleichstabelle der alten und neuen Entgelte hingewiesen hatte, berichtete Frau Schwabe, dass bei der Erarbeitung der Entgeltordnung nicht nur die Entgelte vergleichbarer Einrichtungen herangezogen worden seien, sondern man auch versucht habe, eine Obergrenze auszuloten, mit der Besucherverluste aufgrund der Eintrittspreisanhebung vermieden werden könnten. Aufgrund der neuen Entgelte erwarte man Mehreinnahmen von etwa 10.000 Euro im Jahr. Herr Walter bemängelte, dass die vorliegenden Daten keine ausreichende Grundlage zu einer Entscheidung böten. Er vermisse nach einzelnen Entgeltpositionen differenzierte Besuchszahlen der vergangenen Jahre sowie Zahlen zur Inanspruchnahme der Positionen außerhalb der Eintrittsentgelte. Herr Junghans sagte zu, diese in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorzulegen.

Herr Riedel schlug zur Erhöhung der Einnahmen vor, das Freilichtmuseum auch in den Wintermonaten zu öffnen. Die saisonvorbereitenden Arbeiten könnten von den Mitarbeitern mit der Besucherbetreuung sicherlich koordiniert werden. Herr Junghans informierte, dass schon jetzt bei Bedarf und je nach Wetterlage im Winter geöffnet werde, eine weitere Flexibilisierung der Öffnungszeiten aber wünschenswert sei.

Herr Nolte fragte nach dem Umfang der Einnahmen aus der Fremdnutzung von Museumsgebäuden, die nach Auskunft von Herrn Junghans aber kein nennenswertes Volumen bildeten. Frau Schwabe betonte, dass die Gebäude in erster Linie musealer Bestand seien, was eine Fremdnutzung aus Gründen ihres Schutzes einschränke.

Nach kurzer Diskussion über die Alternative, heute zu votieren oder die Vorlage in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln, wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

**Beschluss:**

Der Beschlussvorlage mit dem Beschlussvorschlag

„Die Entgeltordnung des Mecklenburgischen Volkskundemuseums tritt ab 01.07.2007 in Kraft.“

wurde mehrheitlich zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

**zu 4.4 Förderung Filmkunstfest 2008 - 2010  
Vorlage: 01506/2007**

**Bemerkungen:**

Herr Junghans informierte, dass der gleiche Betrag wie in den vergangenen Jahren weitergezahlt werden solle, eine Erhöhung sei nicht möglich. Man wolle damit dazu beitragen, die Veranstaltung weiterhin zu ermöglichen und Planungssicherheit für die Veranstalter zu gewährleisten. Das diesjährige Filmkunstfest habe gezeigt, dass auch die jetzigen Veranstalter einen Vergleich mit anderen Festivals nicht zu scheuen bräuchten.

Auf Herrn Riedels Frage nach einer Kooperation mit anderen Städten und Möglichkeiten der Erlangung von EU-Förderung, erwähnte Herr Junghans Kooperationsvorhaben mit »DokArt« in Neubrandenburg und auch mit der Hansestadt Rostock, die aber über Absichtserklärungen noch nicht hinausgekommen seien. Ob und unter welchen Bedingungen EU-Mittel für das Filmkunstfest gewonnen werden könnten, solle geprüft werden.

In einer ausführlichen Diskussion wurde anschließend die Zukunft des Forumkinos thematisiert. Frau Schwabe stellte die Situation angesichts der vorliegenden Übernahmeangebote dar, die allerdings mit den vorhandenen Haushaltsmitteln nicht finanzierbar seien. Man beabsichtige deswegen und weil das Kino »Capitol« durch sein Programm »Der besondere Film« einen Teil des Angebots des Forumkinos abdecke, mit diesem nur noch projektbezogene Filmarbeit in Veranstaltungen wie den Literaturtagen oder im Kultursommer zu leisten.

**Beschluss:**

Die anschließende Abstimmung ergab eine einstimmige Zustimmung zur Vorlage mit dem folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Filmboard Mecklenburg-Vorpommern e.V. erhält jährlich für das in der Landeshauptstadt Schwerin stattfindende FilmKunstFest eine Zuwendung in Höhe von 38.300 € als Festbetragsfinanzierung unter dem Vorbehalt förderfähiger Ausgaben für die Haushaltsjahre 2008-2010.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
-------------	---

Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

## zu 5 **Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)**

### zu 5.1 **Verträge Sportvereine** **Vorlage: 01524/2007**

#### **Bemerkungen:**

Herr Junghans erläuterte zu Beginn die Intention der Stadtverwaltung im Hinblick auf die Verlängerung bzw. den Neuabschluss von Verträgen mit den Sportvereinen über die Nutzung der Sportstätten. Er stellte zugleich fest, dass die Förderrichtlinien für den Vereinssport Laufzeiten der Verträge von 25 Jahren vorsehen, diese aber bei laufenden Verträgen oft nicht mehr gegeben seien, weil die bestehende Vertragsdauer angerechnet werden müsse. Eine Lösung böte entweder eine Flexibilisierung der Förderrichtlinie oder der Abschluss unbefristeter Nutzungsverträge.

Frau Voss wies darauf hin, dass mit den Verträgen die Verantwortung der Vereine für die Sportanlagen gestärkt und ihr Erhalt und ihre Sanierung gefördert werden sollten. Dies bedinge feste Zusagen und langfristige Verträge. Herr Junghans erklärte dies auch als Ziel der Verwaltung.

Herr Ehlers bat, dem anwesenden Vertreter des Stadtsportbundes, Herrn Mevius, das Wort zu erteilen, damit er die Sicht des Verbandes und der Vereine darstellen könne. Dem stimmte der Ausschuss einmütig zu.

Die Vereine, so Herr Mevius, sähen die Situation anders. Sie hätten traditionell immer schon ihre Sportanlagen gepflegt und sähen deshalb nicht ein, warum keine langfristigen Verträge abgeschlossen werden könnten. Insgesamt hätten die Vereine zwischen 1992 und 2006 3,6 Mio. Euro in die Sportstätten investiert, nicht gerechnet die ehrenamtlichen Leistungen der Mitglieder. Schwerin sei die einzige Stadt, die ein Problem mit dem Abschluss von Nutzungsverträgen habe. Herr Meslien erklärte, dass er den Grundansatz zwar unterstütze, der Vorlage aber nicht zustimmen könne, weil ein Sportstättenkonzept noch fehle. Er wünschte ferner weitere Angaben, welche Vereine betroffen seien, und sprach sich aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit für eine Einzelfallentscheidung bei den Verträgen aus, nicht für eine generelle Regelung.

Frau Voss als Vertreterin der Antragsteller forderte gleichfalls weitere Informationen über die bestehenden Verträge und die betroffenen Vereine. Eine sofortige Abstimmung der Vorlage sei nicht unbedingt erforderlich, so dass eine vertiefende Behandlung der Vorlage in der nächsten Sitzung möglich wäre.

Herr Lederer verwies auf die Investitionen der Vereine, die der Stadt insofern zugute kämen als sie Eigentümerin der Sportstätten sei. Auch er forderte ein Sportstättenkonzept und betonte, dass derzeit zwar das Sportfördergesetz neu verhandelt werde, aber eine Aufstockung der Mittel nicht zu erwarten sei.

Herr Jähmig schloss die Diskussion mit der Maßgabe, eine tiefergehende Befassung mit der Vorlage auf der Basis der geforderten weiteren Informationen der Verwaltung in der Sitzung am 13. Juni anzusetzen. Der Vertagung stimmte der Ausschuss einmütig zu.

## zu 6 **Sonstiges**

#### **Bemerkungen:**

Entfallen, da keine Wortmeldungen vorlagen.

gez. Claus Jürgen Jähmig

---

Vorsitzende/r

gez. Norbert Credè

---

Protokollführer